

Rede des umweltpolitischen Sprechers

Rainer Deppe

am 1. Oktober 2014

Plenum, TOP 12: Mehrwegquote stabilisieren und erhöhen

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/6852

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

In Deutschland ist weltweit der Anteil an Mehrweggetränkeverpackungen am höchsten. Wir sind sozusagen Mehrwegweltmeister.

Dieses Thema wieder einmal zu einem weiteren Kapitel Ihrer „Wir reden den Leuten mal wieder ein schlechtes Gewissen ein“-Kampagne zu machen, ist vollkommen unangebracht.

Nach der im August vorgelegten Studie des Umweltbundesamtes zur Getränkeabfüllung liegt die Mehrwegquote im Jahr 2012 für Wasser bei 40,5 % und für Bier bei 86,2 %. Diese Werte liegen signifikant höher, als Sie in Ihrem Antrag angegeben haben. Etwas exakteres Arbeiten kann man von Regierungsfractionen schon erwarten. Trotzdem kann man nicht übersehen, dass die Mehrwegquote in den meisten Segmenten langsam zurückgeht. Davor verschließen wir natürlich nicht die Augen.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass Getränke – genauso wie alle anderen Waren – auf ökologisch vorteilhafte Weise verpackt und transportiert werden. Wenn man den vollständigen Lebenszyklus betrachtet, schneiden im Getränkesektor Mehrwegflaschen derzeit in der Ökobilanz besser ab als Einwegflaschen. Dem langsam zurückgehenden Mehrweganteil wollen wir begegnen. Der Nationale Normenkontrollrat hat 2013 festgestellt: das aktuelle Pfandsystem bietet keine ausreichende Orientierung für den Verbraucher.

Deshalb setzen wir uns für eine eindeutige Kennzeichnung ein. Nicht im Kleingedruckten, sondern gut lesbar mindestens an der Getränkepalette, besser noch direkt auf der Flasche.

2013 hatte der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier eine Verordnung vorgelegt. Sie haben den Vorstoß im Bundesrat vor der Bundestagswahl auf Eis gelegt. Dass die EU eine Kennzeichnung direkt auf der Flasche als diskriminierend ablehnt, gehört zu den vielen Ungereimtheiten der Brüsseler Politik und sollte von uns gemeinsam zurückgewiesen werden.



Es gilt das gesprochene Wort!

Ich weiß ja nicht, wo Sie sich aufhalten, aber da, wo ich durch unser Land und durch unsere Städte gehe, kann ich nichts von Vermüllung durch Einwegpfandflaschen feststellen. Im Gegenteil, wegen des vergleichsweise höheren Flaschenpfandes werden gerade diese öfter in die Geschäfte zurückgebracht. Also das Littering-Argument sollten Sie wegen Unzutreffenheit streichen.

Während man den Antrag liest, dann fragt man sich die ganze Zeit: Was soll der Antrag eigentlich hier? Die Kompetenz beim Flaschenpfand liegt doch beim Bund. Soll hier die SPD-Umweltministerin etwa zum Jagen getragen werden?

Aber dann wird es klar. Man muss nur bis zum Schluss, bis zum allerletzten Satz lesen. Dann kommt Ihre wahre Absicht zu Tage. Sie wollen wieder einmal an das Geld der Bürger. Im Koalitionsvertrag haben Sie es noch ganz vage umschrieben, damit es niemand merkt. Schön verklausuliert heißt es da: „ökologische und finanzielle Lenkungsinstrumente zur Erhöhung der Mehrwegquote“.

Jetzt kommt es also ans Tageslicht. Sie brauchen eine neue Abgabe für Ihren maroden Haushalt. Erst kassieren Sie für Frischwasser, dann für die Flaschen und am Ende noch fürs Abwasser. Das nenne ich eine perfekte Abschöpfung – oder muss es nicht genauer Schröpfung heißen?

Dass eine solche Abgabe unwirksam wäre, wissen Sie auch. Das bifa-Umweltinstitut hat in seiner Untersuchung zur Pfandpflicht festgestellt: „Es fehlt in der Bevölkerung an Akzeptanz und sie hat keine Lenkungswirkung.“ Bleibt also nur das simple Abkassieren der Wasser-, Saft- und Biertrinker.

Unsere Position ist klar: Wir wollen einen höheren Anteil an ökologisch vorteilhaften Verpackungen. Wir wollen ehrliche Ökobilanzen, eine Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dies geschieht am besten durch eine klare Kennzeichnung. Ein zusätzlicher Griff ins Portemonnaie der Leute, nur weil diese Wasser aus den falschen Flaschen trinken, ist mit der CDU nicht zu machen.